

Bundesrat setzt auf Biobenzin

Finanzdepartement rechnet nicht mit höheren Benzinpreisen

BERN. Der Bundesrat will die Nachfrage nach umweltschonenden Treibstoffen mit steuerlichen Anreizen fördern. Das alleine reicht aber nicht, um die CO₂-Reduktionsziele zu erreichen.

Die Landesregierung setzt auf Biotreibstoffe. Sie hat gestern die Botschaft zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes verabschiedet, wie Finanzminister Hans-Rudolf Merz vor den Medien sagte. Diese sieht vor, dass Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen wie Biogas, Bioethanol, Biodiesel sowie pflanzliche und tierische Öle von der Mineralölsteuer befreit werden.

Heute wird beispielsweise ein Liter importiertes Bioethanol mit 72 Rappen belastet. Die Besteuerung von Erd- und Flüssiggas, das als Treibstoff verwendet wird, soll um 40 Rappen pro Liter Benzinquivalent gesenkt werden. Beim Erdgas entspricht dies bei einer Steuerbelastung von heute 81 Rappen je Kilogramm einer Reduktion von 59 Rappen je Kilogramm.

Kaum höhere Preise

Diese Massnahmen sollen allerdings für den Bundeshaushalt ertragsneutral sein. Deshalb will der Bundesrat die Mindereinnahmen durch eine höhere Belastung des Benzins kompensieren. Merz geht davon aus, dass die Steuerbelastung beim Benzin dadurch im Einführungsjahr um voraussichtlich ein bis zwei Rappen und langfristig rund sechs Rappen je Liter zunehmen wird. Diese Preiserhöhung bezieht sich aber auf unvermisches Benzin. Weil dem Benzin bis zu einem gewissen Grad steuerbefreite Biotreibstoffe beigemischt werden können, dürfte sich der Preis für die Konsumenten an der Tanksäule nur wenig verändern.

Ein Teil der Klimapolitik

Mit der Gesetzesänderung soll der CO₂-Ausstoss im Strassenverkehr gesenkt werden. Der Bundesrat rechnet mit einer Reduktion von jährlich rund 250 000 Tonnen CO₂. Damit leistet die Landesregierung einen Beitrag an die Reduktion der CO₂-Emissionen im Bereich der Treibstoffe. Just in diesem Segment klafft die grösste Lücke zu den Klimazielen des Bundes und den Vorgaben im Kyoto-Protokoll.

Mit der CO₂-Abgabe auf Treibstoffen hat der Bundesrat das wohl wirksamste Instrument auf Druck der Strassenlobby fallen gelassen. Stattdessen erhebt eine private Stiftung seit Oktober 2005 den Klimarappen.

Die Vorschläge stossen bei FDP und CVP auf Zustimmung. Nachdem der Bundesrat auf eine höhere Besteuerung leistungsstarker Personenwagen verzichtet habe, mache er mit diesem längst überfälligen Entscheid wenigstens einen kleinen Schritt in Richtung ökologische Steuerpolitik, teilte die CVP mit. Die FDP sprach von einem sinnvollen Anreiz für die Nutzung umweltschonender Ressourcen. Der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) lehnt die Steuerbefreiung des Biodiesels ab, solange Partikelfilter für Personenwagen nicht für obligatorisch erklärt werden. (ap/red.)

